

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 6 (1926-1927)
Heft: 4

Artikel: Unitarismus oder Föderalismus?
Autor: Kredel, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-156110>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unitarismus oder Föderalismus?

Von Otto Kredel, München.

Der Aufenthalt des bayerischen Ministerpräsidenten in Berlin und der Gegenbesuch des Kanzlers in Begleitung des Reichsfinanz- und des Innenministers in München, sowie die Denkschrift der bayerischen Regierung über die Gefährdung der Eigenstaatlichkeit der Länder haben in der bayerischen Presse den Ruf nach föderalistischem Reichsausbau von neuem belebt. Besonders betont man die kulturellen Aufgaben der Länder. Man spricht mehr als je davon, daß man die bayerische Landeshauptstadt zu einem kulturellen und geistigen Zentrum ganz Deutschlands machen wolle. In dieser Entwicklung fühlt man sich aber durch die begrenzte Finanzhoheit der Länder beengt. Berlin als Reichshauptstadt zieht langsam, aber sicher durch seine unvergleichlich größere Kapitalkraft die Großen des deutschen Geisteslebens in den Bann seines weiteren Wirkungskreises. Diese Entwicklung der Dinge war vorauszusehen. Und darum setzte in Bayern, wie übrigens auch in allen anderen Ländern, nach der Verabschiedung der Weimarer Verfassung der Kampf für die Eigenstaatlichkeit der Glieder des Reiches mit besonderer Heftigkeit ein, die in den Tagen der größten Mißwirtschaft das Reich vor die Gefahr des Auseinanderfallens stellte. Der Grund lag darin, daß man in Weimar, trotzdem die Verwirklichung des unitarischen Reiches schon damals am Widerstande der Länderregierungen gescheitert war, dem neuen Grundgesetze Deutschlands eine Fassung gegeben hatte, welche die Tendenz einer allmählichen Fortentwicklung zum Einheitsreiche unverkennbar in sich trug. Diese Möglichkeit schien dann Wirklichkeit werden zu müssen, wenn die Parteien, die den Einheitsgedanken mit aller Schärfe vertraten, zur parlamentarischen Alleinherrschaft gelangt sein würden. Bisher führte der Kampf nur von Kompromiß zu Kompromiß, ohne daß man zu einer längere Zeit haltbaren Regelung in der einen oder der anderen Richtung gelangen konnte. Auf der einen Seite fürchtete man für die Entwicklungsfreiheit der Glieder des Reiches; auf der anderen aber glaubte man, in der Zusammenziehung aller Kräfte an einer Zentrale als Ganzes zu gewinnen, und scheute sich, in der Eigenbeweglichkeit der Glieder die Zersplitterung der Reichsmacht zu fördern. Auf beiden Seiten wurde der Gegensatz Mittel im parteipolitischen Kampf.

Soweit sich der Widerstreit der Meinungen in der Öffentlichkeit abspielte, ließ man es häufig, vielleicht mitunter auch nur aus agitatorischen Gründen, an einer klaren Unterscheidung zweier Gruppen von Gegensätzen fehlen: Man pflegte nämlich zu übersehen, daß Unitarismus und Zentralismus auf der einen und Föderalismus und Partikularismus auf der anderen Seite nicht gleichbedeutende und auch in der Praxis wohl voneinander zu scheidende Begriffe sind. Das heißt, man sprach auch dort von Unitarismus, wo man den Zentralismus, oder von Föderalismus, wo man den Partikularismus meinte. Man warf dem uni-

tariſchen Preußen den verderblichſten Zentralismus vor und bemängelte am bayeriſchen Föderalismus die partikulariſtiſche Gefahr. Nun ſind zweifellos auf beiden Seiten, in dem unitariſch geſinnten Preußen ſowohl wie in dem, dem Reiche gegenüber föderativ eingestellten Bayern Fehler gemacht worden. Und es wird immer Gruppen geben, die mit einer einmal gefundenen Form des Zusammenlebens nicht zufrieden ſind, und die dazu neigen, ihre Forderung ins Extrem zu überſteigern. Es erſcheint aber möglich, einer gedeihlichen Löſung näher zu kommen, wenn man die Behandlung der materiellen und der ideellen Interellen voneinander trennt und auf die erſteren unitariſche, auf die zweiten aber föderaliſtiſche Grundſätze zur Anwendung bringt.

Was den Streit der Anſichten in ſo gefährlichem Maße verſchärft, iſt die Tatsache, daß die Befürworter des unitariſchen Gedankens nur die wirtſchaftliche Seite des Problems, die Vertreter des föderaliſtiſchen Prinzips aber weſentlich nur ſeine kulturelle Seite ſehen. Jeder glaubt, die andere vernachläſſigen zu dürfen, da ſie ja doch nur eine Folge oder eine mehr oder weniger wichtige Äußerung der erſteren ſei und ſich daher mit dieſer ganz organiſch fortentwickeln und umgeſtalten müſſe. Die von der wirtſchaftlichen Seite ſtehen hierbei — bewußt oder unbewußt — unter dem Einfluſſe der parteiſozialiſtiſchen Doktrin, daß nämlich die ökonomiſchen Bedingungen, unter denen ein Volk ſtehe, auch ſeine anderen, kulturellen Lebensäußerungen maßgebend beeinflussen, daß alſo — um mit Marx zu reden — die Ideen nur der Überbau der Wirtſchaft ſeien. Für die von der kulturellen Seite aber iſt umgekehrt die Wirtſchaft nur eine der verſchiedenen Lebensäußerungen eines Volkes, deren Geſtaltung und Handhabung ſich ſchickſalsmäßig aus der völkischen Individualität der Stämme ergibt. Je ſtarrer nun beide Seiten ihre Anſicht vertreten, umſo mehr muß die erſte vom Unitarismus in allgemeinen Zentralismus, die zweite dagegen vom Föderalismus in den reichszerstörenden Partikularismus verfallen.

Daß dieſe Entwicklung der Anſichten ſo iſt, iſt nicht verwunderlich. Steht man doch im Norden des Reiches, wo der unitariſche Gedanke am ſtärkſten iſt, unter dem beherrſchenden Eindruck des großen Wirtſchaftslebens und der ſich gewaltig zuſammenballenden Menſchenmaſſen, denen das Steinbild wachſender Rieſenſtädte einen mehr und mehr uniformen Geſichtszug verleiht. Man iſt dort räumlich und geiſtig dem Weltmeer und dem Weltmarke zugewandt und hat die Stärke eines geeinten Staates als politiſche und wirtſchaftliche Macht beſſer zu werten gelernt. Der Süden lebt beſchaulicher, er zehrt von einer älteren Kultur, auf die er ſtolz iſt; ſein Blick iſt mehr dem räumlich nahen Gebiete des Feſtlandes zugewandt; man ſteht nicht im Getriebe einer allmächtig erſcheinenden Wirtſchaft, nicht ſo ſehr unter dem Eindruck der ſiegenden Technik, die in ihren Formen keine völkischen Sonderheiten zu kennen ſcheint. Man iſt dort mehr Großſtadt-, hier mehr Landmenſch. Das bedeutet viel. Und ſo weiß man oft in beiden Lagern nicht die Grenzen zu halten.

Die Wirtſchaft drängt zur Zentraliſation, durch die ſie als Einheit

an Kraft gewinnt, in Großbanken, Industriekartellen, in Wirtschaftsorganisationen aller Art, deren Sitz die Metropole des Reiches ist. Hier ballen sich die Zentralstellen organisierter Menschen und Kapitalien, die unter der Herrschaft des wirtschaftlichen Zweckes stehen, zu Mächten zusammen, die in dieser Einheit erst in der Welt draußen wirksam werden können. Die Wirtschaft braucht große Räume. Wenn Disraeli sagt, daß die großen Staaten immer größer, die kleinen aber immer kleiner werden müßten, so gilt das in erster Linie von den Staaten als einheitlichen Wirtschaftsgebieten. Es hat Bedenken erregt, daß das Reich und die Länder von sich aus wirtschaftliche Zentralkörper, z. B. Zentralbankinstitute für bestimmte Erwerbszweige, geschaffen haben, die bei unbeeinflusster Entwicklung vielleicht nicht entstanden wären; aber diese Bedenken haben sich nicht so sehr dagegen zu richten, daß diese Institute zentral sind, als dagegen, daß sie einen Eingriff in die ungehinderte Entwicklung ökonomischer Kräfte darstellen. Denn Zentralisation der Wirtschaft ist Mittel, um zur Geltung zu gelangen.

Ob nun die Wirtschaft oder das, was man die kulturellen Regungen eines Volkes nennt, das Primäre ist, durch welches das andere bestimmt wird — in der Praxis wird man beide Seiten des Lebens der Völker getrennt behandeln müssen: die Wirtschaft nach unitarischen, selbst zentralistischen Gesichtspunkten, das Kulturelle mit dem Takte föderativen Denkens — dezentralisierend. Daß früher einmal aus mißverständener Liebe zur Eigenstaatlichkeit die Eisenbahnen der Länder sich in ihrer Tarifpolitik bekämpften, daß man in einem der Bundesstaaten, um etwas Besonderes zu sein, einen eigenen Typ von Güterwagen baute, und daß man an tausend anderen wirtschaftlichen „Eigen“-Arten festhielt, zeugt nicht davon, daß man es schon gelernt hatte, zum Besten aller das wirtschaftlich Zweckmäßigste zu tun. Wenn aber in irgend einer harmlosen Absonderlichkeit etwa ein Symbol der Stammeseigenart verehrt wird, so kann man hier getrost abwarten, bis man die Außerlichkeiten abgelegt und sich auf den tieferen Sinn seiner Eigenart und auf deren eigentlichen Wert für das Ganze besonnen hat. Ein uniformierendes Eingreifen der Zentrale ist in solchem Falle umso weniger angebracht, als der Verbitterung, die es zur Folge hat, kein praktischer Nutzen gegenübersteht.

Es hat sich von jeher gestraft, wenn man dort, wo reine Kulturbelange in Frage stehen, das Schema der Zentrale aufdrängen will und wenn man es an dem feinfühlenden Takte fehlen läßt, den die Behandlung solcher Fragen verlangt. Diesen Takt zu besitzen, das ist aber — wie die Verhältnisse heute liegen — nicht so sehr eine Forderung an das Reich, das den Einzelländern im wesentlichen nur die zur Pflege kulturellen Lebens erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen hat, sondern noch viel mehr eine Forderung an die Länder selbst, denen diese praktische Pflege zufällt, und die — wie Preußen und Bayern vor allem — verschiedenartige Stämme in ihren Gebieten vereinen, denen allen die Auswirkung ihrer Eigenart erhalten werden soll. Nicht nur das Reich muß daher die kulturelle Verwaltung dezentralisieren, sondern

auch die Länder. Es hat sich nun gezeigt, daß es die Länderzentralen mitunter nicht weniger an dem erforderlichen Takte haben fehlen lassen, als das Reich. Ob nun dieses selbst oder seine Glieder zentralistisch sind, das kommt — wenigstens bei den größeren Einzelländern — wesentlich auf dasselbe hinaus. Man hat ja in den Hauptstädten der Länder nur gar zu häufig die Staaten gemeint, wenn man von den Stämmen sprach, deren Eigenart man zu wahren vorgab, indem man das Reich zentralistischer Tendenzen anklagte. Wenn aber keine Sicherheit besteht, daß die Länder die ihnen vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel gleichmäßig zum Besten ihrer Stämme verwenden, wenn man vielmehr befürchten muß, daß diese Mittel auch zur Stärkung der Länder gegenüber dem Reiche Verwendung finden, dann wird man vielleicht sicherer gehen, wenn man die Länder beseitigt und das Reich als Einheitsstaat dezentralisiert. Denn dadurch hat noch kein Staat an Macht gewonnen, daß er in seinen Grenzen eigensinnige Teilstaaten großzog. (Preußen=Deutschland vor der Revolution ist kein Gegenbeispiel hierzu.) Es kommt ja nicht auf die Länder als politische Teilgebilde, sondern auf die Stämme an.

Man kann es wohl dadurch, daß man alle Teile enger und enger zum wirtschaftlichen Leben der Gesamtnation heranzieht, erreichen, daß das ökonomische Denken die Empfindsamkeit der Stammeseigenart mehr in den Hintergrund drängt; ganz verschütten kann man sie nicht, ohne daß man zur kulturellen Verarmung aller führt. Man wird vielleicht einwenden, daß die kulturelle Dezentralisation im Deutschen Reiche, die ein Ergebnis der Kleinstaaterei gewesen ist, nicht eine Metropole des geistigen Lebens für uns hat schaffen können, wie es Paris für Frankreich ist. Aber birgt nicht dieser Satz: Paris ist Frankreich, neben der strahlenden Sorbonne eine Fülle von Armllichkeit für die Provinz? Können nicht auch dort das deutsche Elsaß, der plämische Nordosten und der italienisch werdende Süden in Zukunft wieder zur Dezentralisierung zwingen und so die verschütteten Heimatquellen der Bretagne und der Gironde zu neuem Leben miterwecken? Und ist auf der anderen Seite nicht die geistige Leistung der deutschen Gesamtnation von Königsberg bis Straßburg und von Hamburg bis Wien unvergleichlich reicher und mannigfaltiger, wurzelhafter und darum gesünder, als sie es sein könnte, wenn nur eine Stadt den Ruhm der Leistung für sich in Anspruch nehmen könnte: Berlin oder, wie man es anstrebt: München? Gewiß wird man die Wirtschaft auch wissenschaftlich dort am besten verstehen, wo man täglich ihr Wirken in seinen drängendsten Gestaltungen vor sich sieht, an den Universitäten der großen Städte. Aber alles das, was näher dem Volkstume als solchem liegt, als die von Formen überwucherte Wirtschaft, wird kräftiger dort gedeihen, wo es den Menschen, von deren Blute es zeugt, und der Landschaft, deren Geist es atmet, noch näher steht, als in dem Steinbild einer Riesenstadt. Es hätte keinen Sinn für uns, wenn wir sagen müßten: Das Reich ist da, damit Berlin besteht, wie die Welt einst da war, damit der Glanz Roms umso herrlicher strahlte, und wie Frankreich nur für Paris zu leben scheint. Der

Glanz ist wohl groß. Der Wettstreit der Teile aber erlahmt; und so stirbt das kulturelle Leben von innen heraus. Rom und Paris: Das ist wirtschaftliche Macht — aber innere Verarmung. Das erstere wollen wir; das zweite lehnen wir ab. Was entbehrlich ist, wird sich überleben. Was sich aber nicht überlebt, das ist der Geist, der zwar mitunter zufällige Außerlichkeiten für den Ausdruck seiner Eigenart halten mag, im Ganzen aber doch gesund und kräftig lebt und wirkt, der den gekünsteltesten Eigensinn überwinden und die Stammesenergie an seine Stelle setzen wird. In der Vielgestaltigkeit der kulturellen Art liegt der Reichtum unserer Nation. Wer dieses Vielgestaltige zu pflegen und seine Zusammenfassung in dem Geistesleben der Gesamtnation zu fördern weiß, hat die belebende Wirkung deutschen Kulturwillens erhöht. Durch Uniformierung werden wir an äußerer Geschlossenheit gewinnen, aber an Inhalt zweifellos verlieren. In allen Bestrebungen kultureller Art entscheidet letzten Endes immer nur die Leistung an sich, und ist die repräsentative Geste etwas, was andere wohl gewinnen, aber nicht bereichern kann. Dagegen liegt in der partikularen Zersplitterung unserer Wirtschaft eine Schwächung unserer materiellen Macht; wer hier zu einheitlichen, großen Formen zentralisierter Wirtschaftskräfte zu führen vermag, hat die Gesamtnation auf dieser Seite ihres Lebens gestärkt.

Es ist kein Wunder, daß die Lebensnot des deutschen Volkes zu einem Übergewicht wirtschaftlicher Gedanken geführt hat, und daß die Interessenten dieser Ansicht gläubige Massen gefunden haben. Aber es hat sich auch immer gezeigt, daß dann, wenn die Not uns zu erdrücken schien, der Stammesgeist am stärksten rege war — der Geist, der wohl das Eigene gewahrt, aber darüber hinaus des größeren Deutschlands nicht vergessen hat.

Briefe von Jakob Stämpfli.

Veröffentlicht von **Theodor Weiß**, Lausanne.

(2. Folge.)

B 13.

Sonntag, Mittag³.¹⁾

Mein liebes Kind!

Damit ich bei meiner Heimkunft mit Erzählen nicht zu viel Zeit verlieren muß, will ich Dir schreiben, was ich bis jetzt erlebt.

Der Ort, wo ich diese Zeilen schreibe, ist **Colico**, oben am Comersee; er ist keine Stadt, nicht einmal ein schönes Dorf; doch hat man

¹⁾ Dieser Brief ist z. T. wiedergegeben von **Alb. Gobat** in dessen **Stämpfli-Biographie** in „Les Fils de leurs oeuvres“, mit Bild über die Hotelfzene in Chur (S. 216).